

MARTIN KOLMAR

Optimale Ansiedlung  
sozialpolitischer  
Entscheidungskompetenzen  
in der Europäischen Union

*Beiträge zur  
Finanzwissenschaft*

7

---

**Mohr Siebeck**

# Beiträge zur Finanzwissenschaft

herausgegeben von  
Hans-Werner Sinn und Wolfgang Wiegard

7





Martin Kolmar

Optimale Ansiedlung  
sozialpolitischer  
Entscheidungskompetenzen  
in der Europäischen Union

Eine theoretische Untersuchung

Mohr Siebeck

MARTIN KOLMAR: geboren 1967; 1987 – 93 Studium der Volkswirtschaftslehre in Bonn und Berkeley; 1993 – 97 wiss. Mitarbeiter an der Universität Konstanz; 1997 Promotion; 1997 – 98 wiss. Angestellter an der Universität Konstanz; seit 1998 wiss. Angestellter an der Universität Bonn.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Kolmar, Martin:*

Optimale Ansiedlung sozialpolitischer Entscheidungskompetenzen in der Europäischen Union: eine theoretische Untersuchung / Martin Kolmar.

– Tübingen: Mohr Siebeck, 1999

(Beiträge zur Finanzwissenschaft ; 7)

ISBN 3-16-147125-3 / eISBN 978-3-16-162999-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© 1999 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0340-675X

## Vorwort

Das vorliegende Buch ist aus meiner Dissertation hervorgegangen, an der ich während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik von Prof. Dr. Friedrich Breyer an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Statistik der Universität Konstanz gearbeitet habe.

Mein besonderer Dank gehört meinem akademischen Lehrer Herrn Prof. Dr. Friedrich Breyer, der durch seine kontinuierliche fachliche Unterstützung sowohl bei allgemeinen Fragen als auch bei detaillierten Problemen, aber auch durch seine Bereitschaft, über den fachlichen Bereich hinaus Unterstützung zu leisten, mir diese Arbeit erst ermöglichte.

Danken möchte ich auch Herrn Priv.-Doz. Max Albert, Frau Dipl.-Vw. Heike Engel, Herrn Priv.-Doz. Dr. Andreas Haufler, Herrn Prof. Dr. Bernd Genser, Herrn Prof. Dr. Arye Hillman, Herrn Dipl.-Vw. Ashok Kaul, Herrn Dr. Achim Körber, Herrn Prof. Dr. Pierre Pestieau und Herrn Prof. Dr. Heinrich Ursprung für die wichtigen Anregungen und Diskussionen während der Erstellung dieser Arbeit, Herrn Dipl.-Math. Klaus Stolte für unsere Zusammenarbeit, die in ein Kapitel dieser Untersuchung eingegangen ist, Frau Dipl.-Ök. Claudia Fichtner für die sorgfältige Durchsicht und Korrekturlesung der Arbeit, Frau Regina Seyfried für die Unterstützung bei der Fertigstellung des Druckmanuskripts sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls für die angenehme und freundschaftliche Arbeitsatmosphäre.

Teile dieser Arbeit sind auf der Summer-School der European Economic Association 1994 in Florenz, den Jahrestagungen des Vereins für Socialpolitik 1995 in Linz, der European Economic Association 1995 in Prag, der European Society of Population Economics 1996 in Uppsala und der European Public Choice Society 1997 in Prag vorgetragen worden. Allen dortigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern möchte ich für ihre hilfreichen Kommentare danken.

Schließlich danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Phare-Programm der Europäischen Union für die finanzielle Unterstützung.

Bonn, im September 1998

MARTIN KOLMAR



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>I</b>	<b>Grundlagen</b>	
<b>2</b>	<b>Historische Entwicklung</b>	<b>7</b>
2.1	Die Entwicklung bis zur Europäischen Union . . . . .	7
2.1.1	Vorläufer . . . . .	7
2.1.2	Von den Pariser zu den Römischen Verträgen . . . . .	8
2.1.3	Von den Römischen Verträgen zur Einheitlichen Europäischen Akte . . . . .	9
2.1.4	Von der Einheitlichen Europäischen Akte zu den Verträgen von Maastricht . . . . .	11
2.2	Sozialrechtliche Regelungen . . . . .	11
2.2.1	Geschichtliche Entwicklung . . . . .	12
2.2.2	Die wichtigsten Regelungen . . . . .	16
2.3	Sozialpolitische Prinzipien . . . . .	22
2.3.1	Arbeitslosigkeit . . . . .	25
2.3.2	Krankheit . . . . .	28
2.3.3	Alter . . . . .	29
2.3.4	Sonstige Bedürftigkeit . . . . .	33
2.3.5	Entwicklungstendenzen der Sozialsysteme . . . . .	35
<b>3</b>	<b>Normative Grundlagen der Untersuchung</b>	<b>39</b>
3.1	Einleitung . . . . .	39
3.2	Der Vertrag von Maastricht . . . . .	43
3.3	Intragenerative Umverteilung . . . . .	47
3.4	Intergenerative Umverteilung . . . . .	47

3.4.1	Die formale Problemstruktur . . . . .	47
3.4.2	Handlungsmotiv, Handlungsregel und Grade der Universalisierbarkeit . . . . .	48
3.4.3	Intergenerative Umverteilung und Handlungsregeln	50
3.4.4	Formen der Handlungsmotive . . . . .	50
3.4.5	Schlussfolgerungen . . . . .	53
3.5	Fragestellung der Untersuchung . . . . .	54

## II Intragenerative Umverteilung

<b>4</b>	<b>Einleitung</b>	<b>59</b>
4.1	Geltungsbereich der Analyse . . . . .	60
4.2	Die Modellstruktur . . . . .	66
<b>5</b>	<b>Mobilität von Personen</b>	<b>71</b>
5.1	Mobile Transferbezieher . . . . .	71
5.1.1	Konkretisierung der Fragestellung . . . . .	71
5.1.2	Optimalität . . . . .	73
5.1.3	Dezentrale Gleichgewichte . . . . .	74
5.2	Mobile Transfergeber . . . . .	85
5.2.1	Konkretisierung der Fragestellung . . . . .	85
5.2.2	Optimalität . . . . .	85
5.2.3	Dezentrale Gleichgewichte . . . . .	86
5.3	Lokale Mobilität . . . . .	88
5.3.1	Die optimale Arbeitsallokation . . . . .	93
5.3.2	Das dezentrale Gleichgewicht für eine Region . . . . .	96
5.3.3	Das dezentrale Gleichgewicht für zwei Regionen . . . . .	97
5.3.4	Der Domino-Effekt regionaler Mobilität . . . . .	99
5.4	Konsequenzen für die Europäische Union . . . . .	99
5.4.1	Wohnsitzland- vs. Ursprungslandprinzip . . . . .	99
5.4.2	Europäische Regional- und Sozialfonds . . . . .	104
5.4.3	Modifikation der Konsequenzen bei regionaler Mobi- lität . . . . .	105

<b>6</b>	<b>Mobiles Kapital</b>	<b>107</b>
6.1	Konkretisierung der Fragestellung . . . . .	107
6.2	Optimalität . . . . .	109
6.3	Dezentrale Gleichgewichte . . . . .	109
6.4	Konsequenzen für die Europäische Union . . . . .	112
<b>7</b>	<b>Freier Güterhandel</b>	<b>115</b>
7.1	Das Modell . . . . .	116
7.2	Organisation nach dem Ursprungslandprinzip . . . . .	116
7.3	Organisation nach dem Bestimmungslandprinzip . . . . .	119
7.4	Konsequenzen für die Europäische Union . . . . .	120
 <b>III Intergenerative Umverteilung</b>		
<b>8</b>	<b>Einleitung</b>	<b>125</b>
<b>9</b>	<b>Exogene Bevölkerungsentwicklung</b>	<b>131</b>
9.1	Einleitung . . . . .	131
9.2	Die Modellstruktur . . . . .	132
9.3	Unbeschränkte Mobilität der Werktätigen . . . . .	133
9.3.1	Optimalität . . . . .	133
9.3.2	Dezentrale Gleichgewichte . . . . .	134
9.3.3	Harmonisierung im Nash-Gleichgewicht? . . . . .	137
9.4	Beschränkte Mobilität der Werktätigen . . . . .	140
9.4.1	Optimalität . . . . .	141
9.4.2	Dezentrale Gleichgewichte . . . . .	143
9.5	Konsequenzen für die Europäische Union . . . . .	147
<b>10</b>	<b>Kleine offene Volkswirtschaft</b>	<b>157</b>
10.1	Einleitung . . . . .	157
10.2	Die Modellstruktur . . . . .	158
10.2.1	Die Haushalte . . . . .	158
10.2.2	Das Rentensystem . . . . .	159

10.2.3	Das Optimierungsproblem eines Haushalts . . . . .	162
10.3	Komparative Statik . . . . .	165
10.3.1	Leistungsstruktur . . . . .	166
10.3.2	Die optimale Rentenhöhe . . . . .	168
10.4	Konsequenzen für die Europäische Union . . . . .	172
<b>11</b>	<b>2-Länder-Modell</b>	<b>175</b>
11.1	Einleitung . . . . .	175
11.2	Das Modell . . . . .	176
11.2.1	Unternehmen . . . . .	176
11.2.2	Haushalte . . . . .	177
11.2.3	Bedingungen für ein langfristiges Gleichgewicht . . . . .	178
11.3	Existenz langfristiger Gleichgewichte . . . . .	179
11.4	Intertemporale und interregionale Optimalität . . . . .	185
11.4.1	Interregionales Periodengleichgewicht . . . . .	188
11.4.2	Strategische Anreize regionaler Beitragserhebung . . . . .	191
11.5	Konsequenzen für die Europäische Union . . . . .	198
<b>IV</b>	<b>Zusammenfassung, Bewertung und Ausblick</b>	
<b>12</b>	<b>Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse</b>	<b>203</b>
<b>13</b>	<b>Sozialpolitischer Zentralisierungsbedarf</b>	<b>211</b>
13.1	Methodologische Überlegungen . . . . .	211
13.2	Informationen und Transaktionskosten . . . . .	215
13.2.1	Transaktionskosten . . . . .	216
13.2.2	Durchsetzbarkeit bilateraler Verträge . . . . .	216
13.2.3	Beschränkung der bilateralen Vertragsfreiheit . . . . .	219
13.2.4	Unvollständige Informationen . . . . .	221
13.2.5	Effiziente Internalisierung . . . . .	223
<b>V</b>	<b>Anhänge</b>	<b>229</b>
<b>A</b>	<b>Optimalität von Nash-Gleichgewichten</b>	<b>231</b>

<b>B</b>	<b>Mindestkoordination</b>	<b>233</b>
<b>C</b>	<b>Komparative Statik</b>	<b>237</b>
<b>D</b>	<b>Optimaler Beitragssatz</b>	<b>241</b>
<b>E</b>	<b>Effizienz dezentraler Verhandlungen</b>	<b>245</b>
<b>F</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>247</b>
<b>G</b>	<b>Index</b>	<b>258</b>

## Tabellenverzeichnis

2.1	Kerndaten der Entwicklung der EU . . . . .	12
2.2	Ausgaben der Mitgliedsländer für soziale Sicherung . . . . .	23
2.3	Anteil der Ausgaben für Leistungen bei Arbeitslosigkeit . . . . .	26
2.4	Gesamtausgaben pro Arbeitslosem . . . . .	26
2.5	Ausgaben für Leistungen der Krankenversicherung . . . . .	28
2.6	Leistungen bei Krankheit je Einwohner . . . . .	29
2.7	Gesamtausgaben für Altersversorgung . . . . .	29
2.8	Zuwachsraten der Gesamtausgaben für Altersversorgung . . . . .	30
2.9	Leistungen für Allgemeine Bedürftigkeit . . . . .	34
2.10	Vergleich der Ausgaben für Allgemeine Bedürftigkeit . . . . .	35
2.11	Zahl der Leistungsempfänger (allgemeine Bedürftigkeit) . . . . .	36
2.12	Änderungen des Berechtigungskreises . . . . .	36
2.13	Änderungen der Berechnungsgrundlagen . . . . .	37
5.1	Ausländer in der EU . . . . .	90
5.2	Auspendler aus Deutschland . . . . .	92
8.1	Natürliche und Räumliche Bevölkerungsentwicklung . . . . .	128
8.2	Nettoreproduktionsraten . . . . .	129
9.1	Mobilitätsszenarien . . . . .	131
9.2	Parameterkonstellationen und Koordinationserfordernisse . . . . .	146
12.1	Koordinationserfordernisse beim rechtlichen Status quo . . . . .	205
12.2	Effiziente Politiken bei mobilen Personen . . . . .	206
12.3	Effiziente Politiken bei mobilem Kapital . . . . .	208

## Abbildungsverzeichnis

4.1	Altruistische Nutzenfunktion als Funktion des Transfers . .	67
5.1	Fehlversorgung mit Sozialhilfe aufgrund mobiler Transferempfangener . . . . .	80
5.2	Bevölkerungsverteilung und Unternehmensstandorte im Modell lokaler Mobilität . . . . .	94
5.3	Optimale Arbeitsallokation bei unterschiedlichen Mobilitätsrestriktionen . . . . .	95
10.1	Individuelle Budgetrestriktionen für unterschiedliche Beitragssätze für ein KUV. . . . .	163
10.2	Indirekter Nutzen als Funktion des Beitragssatzes mit unbeschränkter Auslandsverschuldung. . . . .	169
10.3	Indirekter Nutzen als Funktion des Beitragssatzes mit beschränkter Auslandsverschuldung (lange Frist). . . . .	171
11.1	Nichtexistenz langfristiger Gleichgewichte mit Cobb-Douglas-Nutzenfunktionen. . . . .	184
D.1	Zur Optimalität rein kapitalgedeckter Rentensysteme und rein kinderbezogener Umlageverfahren. . . . .	243
E.1	Möglichkeiten für Pareto-verbessernde Verhandlungen ausgehend vom dezentralen Gleichgewicht. . . . .	245

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
B	Belgien
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BUV	beitragsbezogenes Umlageverfahren
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DK	Dänemark
DVO	Durchführungsverordnung
EA	Europäische Atomgemeinschaft
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	Europäisches Freihandelsabkommen (European Free Trade Association)
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FR	Frankreich
GR	Griechenland
IRL	Irland
ITA	Italien
KDV	Kapitaldeckungsverfahren
KUV	kinderbezogenes Umlageverfahren
LUX	Luxemburg

Mio	Millionen
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NL	Niederlande
o.B.d.A.	ohne Beschränkung der Allgemeinheit
OEEC	Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
OLG	überlappende Generationen (overlapping Generations)
P	Portugal
Q.e.d.	quod erat demonstrandum
SP	Spanien
VK	Vereinigtes Königreich
u.d.B.d.	unter der Bedingung, daß
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UV	Umlageverfahren
vgl.	vergleiche
VO.	Verordnung
z.B.	zum Beispiel



# Kapitel 1

## Einleitung

Mit der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion ist in den Ländern der Europäischen Union eine Struktur geschaffen worden, die ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration bei gleichzeitig im wesentlichen nationaler Zuständigkeit für die Fiskal- und Sozialpolitik aufweist. Hat man sich einerseits darauf geeinigt, die nationale Souveränität im Bereich des gemeinsamen Marktes einzuschränken und im Bereich der Geldpolitik ganz aufzugeben, steht dem andererseits nichts vergleichbares im Bereich der Fiskal- und Sozialpolitik gegenüber. Mehr oder weniger zeitgleich sind die unterschiedlichen europäischen Modelle des Wohlfahrtsstaats ins Gerede gekommen. Dabei ist in der Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Fachwelt eine heftige Diskussion über die Zukunft der Systeme sozialer Sicherung entbrannt. Für einen außenstehenden Beobachter drängt sich die Frage auf, ob und inwieweit diese beiden oben beschriebenen Prozesse etwas miteinander zu tun haben. Handelt es sich nur um gleichzeitig ablaufende Prozesse, die nicht kausal miteinander verbunden sind, oder lassen sich zumindest einige der Krisensymptome der Sozialsysteme auf den Prozeß der Markt- und Währungsintegration zurückführen? Dies ist die Untersuchungsfrage dieser Arbeit.

In einer ersten Annäherung läßt sich feststellen, daß drei vielleicht wieder untereinander verbundene Entwicklungen für die Krise der Sozialsysteme verantwortlich sein können, die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, die demografische Entwicklung und die Zunahme des internationalen Wettbewerbsdrucks. Von allen diesen Entwicklungen kann angenommen werden, daß sie die wohlfahrtsstaatlichen Modelle insbesondere in Westeuropa zunehmend unter Reformdruck stellen.<sup>1</sup> Während die ersten beiden Punkte eher hausgemacht, behauptet der Dritte Punkt einen Zusammenhang zwischen Marktintegration und den nationalen Spielräumen in der Sozialpolitik. Wenn wir diese Hypothese für einen Moment einmal anerkennen, folgt daraus allerdings noch keine Bewertung dieses Prozesses. Vielmehr stellt sich gerade dann die Frage, ob dieser Reformdruck der Erreichung der normativen Ziele zu- oder abträglich ist. Mit beiden Fragen werden wir uns im folgenden zu beschäftigen haben.

---

<sup>1</sup>Siehe Kolmar (1997c).

Die Krise der Wohlfahrtsstaatsmodelle hat eine lebhafte wissenschaftliche und politische Diskussion angeregt, in der sich vier Schwerpunkte erkennen lassen:

- Die normativen und staatsphilosophischen Grundlagen des modernen Wohlfahrtsstaats werden analysiert und hinterfragt.<sup>2</sup>
- Es wird die Frage nach der Effizienz unterschiedlicher Ausgestaltungsformen von einzelnen sozialstaatlichen Systemelementen gestellt.<sup>3</sup>
- Die Möglichkeiten für eine alle Individuen besserstellende - oder zumindest bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen genügende - Systemreform wird untersucht.<sup>4</sup>
- Es wird die Frage nach dem Einfluß der Europäisierung auf den Fortbestand der nationalen Sozialsysteme gestellt.<sup>5</sup>

Dabei herrscht weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit einer umfassenden Therapie des Patienten „Sozialstaat“, bezüglich der Krankheitsursachen - und damit auch der richtigen Behandlung - gehen die Meinungen hingegen auseinander. Bezüglich der Rolle der europäischen Integration für die Krankheitsgeschichte findet sich auf der einen Seite der Glaube an die Selbstheilungskräfte des *bisher schon* kranken Patienten: Eine Erhöhung des Wettbewerbsdrucks führe zu einer Verschlankung und Effizienzsteigerung der existierenden Systeme, bestehende Ineffizienzen würden durch die Mobilität der Güter und Faktoren sichtbar gemacht und durch die Wanderung der Unionsbürger käme es zu einer zielgerichteteren Versorgung mit dem Gut „Sozialversicherung“. <sup>6</sup> Auf der anderen Seite wird argumentiert, daß durch die Marktöffnung selbst „kerngesunde“ Sozialsysteme mit einer Krankheit infiziert würden, die unter dem Namen „Sozialdumping“ in Europa grassiere.<sup>7</sup>

Der europäische Aspekt der Sozialstaatsdiskussion kann in den weiteren Bezugsrahmen der fiskalischen Koordinierung und Zentralisierung eingebettet werden. Dem durch das Ziel der Schaffung einer gemeinsamen

---

<sup>2</sup>Siehe Koslowski und Føllesdal (1997).

<sup>3</sup>Siehe Dionne (1992).

<sup>4</sup>Siehe für den Bereich der Alterssicherung Breyer (1989), Brunner (1993), Homburg (1990) und Fenge (1995).

<sup>5</sup>Siehe die Literaturhinweise in dieser Arbeit.

<sup>6</sup>Diese Idee geht zurück auf Tiebout (1956), siehe auch Vaubel (1993a,b).

<sup>7</sup>Siehe z.B. Sinn (1990).

Währung weitgehenden Vorstoß im Bereich einer gemeinsamen Geldpolitik - Holzmann (1996) spricht hier von einer monetären Verfassung - steht nichts Vergleichbares im Bereich der Fiskalpolitik gegenüber. Die oben skizzierte Spaltung der ökonomischen Profession in Fragen der sozialpolitischen Koordination bzw. Zentralisierung findet im verallgemeinerten Rahmen der Fiskalpolitik ihre Entsprechung.<sup>8</sup> Stellt man die Frage nach einer optimalen Vereinheitlichung nationaler Fiskalpolitiken, so lassen sich zwei gemeinsame Klammern setzen: a) Es wird mit dem Ziel einer optimalen Internalisierung gefragt, ob interregionale Externalitäten existieren, und wenn ja, welche Reichweite diese haben. b) Es wird gefragt, ob es wegen des Auftretens regionaler Schocks eine Begründung für eine internationale Risikodiversifikation gibt, deren wohlfahrtssteigernde Wirkung nur über eine Zentralisierung der Politiken erreicht werden kann.<sup>9</sup>

Aus diesem Problemkreis wird in dieser Arbeit der Bereich der Sozialpolitik herausgegriffen. Ziel ist es erstens, den Einfluß der europäischen Integration auf die Möglichkeiten einer nationalen Sozialpolitik zu untersuchen, um damit - falls notwendig - einen Therapieversuch auf ein abgesichertes diagnostisches Fundament zu stellen. Dazu müssen mögliche, durch die Einbettung der nationalen Sozialpolitiken in eine europäische Rechtsordnung verursachte, Externalitäten identifiziert werden. Das zweite Ziel der Abhandlung ist die Ausarbeitung möglicher Behandlungsformen. Diese Arbeit beschränkt sich weitgehend auf die Betrachtung der durch den Prozeß der Marktintegration verursachten Symptome. Die Therapieformen sind Möglichkeiten einer rechtlichen Umgestaltung zur Internalisierung solcher Externalitäten. Zu diesem Zweck ist die Zerlegung der Untersuchung in drei Schritte erforderlich:

Zunächst werden die sozialpolitischen Prinzipien der Europäischen Union und der einzelnen Mitgliedsländer vorgestellt (Kapitel 2). Um zu einer Diagnose kommen zu können, muß ein „gesunder“ Zustand als Referenzpunkt definiert werden. Dies erfolgt in Kapitel 3, in dem die normativen Grundlagen dieser Untersuchung erarbeitet werden. Weiterhin werden Vorstellungen über das Zusammenwirken der einzelnen „Organe“ benötigt. Diese werden in den beiden Hauptteilen der Arbeit, den unter dem Stichwort *intragenerative Umverteilung* zusammengefaßten Kapiteln 4 bis 7 und den unter dem Stichwort *intergenerative Umverteilung* zusammengefaßten Kapiteln 8 bis 11, entwickelt. Zudem sollen anhand der zugrundegelegten Wirkungszusammenhänge im Hinblick auf den normativen Referenzpunkt Therapieverschlüsse gemacht werden. Diese finden sich in den Kapiteln 4

---

<sup>8</sup>Siehe CEPR Annual Report (1993) und Holzmann (1996).

<sup>9</sup>Siehe Holzmann (1996).

bis 11 und in Kapitel 12, welches die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung systematisiert und zusammenfaßt. Sie werden dann in Kapitel 13 kritisch hinterfragt und weiterentwickelt.

Zur Beantwortung der Fragen ist es erforderlich, sowohl *methodenkritisch* bei der Herleitung normativer Kriterien und der Interpretation der Ergebnisse, als auch *methodisch* für die Entwicklung zugrundegelegter Wirkungszusammenhänge über die bestehende Literatur hinausgehende Vorstellungen zu erarbeiten. Die jeweiligen Probleme, die dies begründen, sind in den einleitenden Bemerkungen zu den jeweiligen Kapiteln ausführlich diskutiert.

Die Modellierungen in den modelltheoretischen Teilen dieser Untersuchung folgen zwar den rechtlichen Gegebenheiten der Europäischen Union, doch sind sie bezüglich der Reichweite ihrer Ergebnisse nicht auf den Bereich der europäischen Sozialpolitik beschränkt. Aus diesem Grund sind die unterschiedlichen Mobilitätsszenarien behandelnden Kapitel 4-11 - soweit dies innerhalb der Argumentationslogik möglich war - in einen *theoretischen Teil* und einen *Anwendungsteil* untergliedert. Im ersteren erfolgt die formale Herleitung der Modellergebnisse, deren Anwendbarkeit zunächst noch nicht auf die spezifisch europäische Problematik beschränkt ist. Diese werden dann im Anwendungsteil interpretativ auf den rechtlichen Status der Europäischen Union bezogen.

# Teil I

## Grundlagen



## Kapitel 2

### Die sozialpolitische Architektur der Europäischen Union: Historische Entwicklung und Status Quo

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Stationen der europäischen Integration zusammengefaßt und bezüglich der konkurrierenden Philosophien, die dabei jeweils politische Mehrheiten fanden, systematisiert. Dabei wird zunächst die historische Entwicklung der europäischen Integration von den Pariser Verträgen bis zu den Verträgen zur Gründung der Europäischen Union (EUV) skizziert. Im Anschluß daran werden die für den Bereich der Sozialpolitik relevanten Regelungen der Europäischen Union (EU) diskutiert. Schließlich werden die wichtigsten Charakteristika der nationalen Systeme sozialer Sicherung beschrieben.

#### *2.1 Die Entwicklung bis zur Europäischen Union*

##### *2.1.1 Vorläufer*

Die Idee der europäischen Integration reicht weit in die europäische Geistesgeschichte zurück.<sup>1</sup> Als Beispiele seien hier die Werke von Pierre Dubois,<sup>2</sup> die Schrift des Abbé de Saint Pierre<sup>3</sup> und deren Kommentierung durch Rousseau<sup>4</sup> genannt. Immanuel Kant setzte sich für eine Föderation von Staaten ein.<sup>5</sup>

Saint Simon und Thierry<sup>6</sup> eröffnen die bis in die Gegenwart reichende Diskussion zur demokratischen, wirtschaftlichen und erstmalig auch sozialen

---

<sup>1</sup>Dieses Kapitel beruht auf Koenig und Pechstein (1995).

<sup>2</sup>Siehe Pierre Dubois (1305-1307): „De recuperatione Terre Sancte“, zitiert nach Koenig und Pechstein (1995).

<sup>3</sup>Siehe Abbé de Saint Pierre (1713): „Mémoire pour rendre la paix perpétuelle en Europe“, zitiert nach Koenig und Pechstein (1995).

<sup>4</sup>Siehe Jean Jaques Rousseau (1713): „Projet pour la paix perpétuelle“, zitiert nach Koenig und Pechstein (1995).

<sup>5</sup>Siehe Immanuel Kant (1795): „Zum ewigen Frieden“, zitiert nach Koenig und Pechstein (1995).

<sup>6</sup>Siehe Saint Simon und Thierry (1814): „De la réorganisation de la société européenne ou de la nécessité et des moyens de rassembler les peuples de l'Europe en un seul corps politique en conservant à chacun son indépendance nationale“, zitiert nach Koenig und Pechstein (1995).

Integration Europas. Die 1923 von Graf Richard Coudenhove-Kalergi erstmals so genannte Paneuropaidee fand zwischen den beiden Weltkriegen mit Aristide Briand und Gustav Stresemann zwei prominente Anhänger, deren Initiativen aber aufgrund der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen der späten zwanziger Jahre keine politische Unterstützung fanden.<sup>7</sup>

Initiiert durch die Zürcher Rede Winston Churchills vom 19.09.1946 fand die Paneuropaidee in einem durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs wirtschaftlich und politisch destabilisierten und durch den weltpolitischen Konflikt zwischen der Sowjetunion und den USA in eine neue strategische Lage geratenen Westeuropa schnell politische Anhänger. Erste Meilensteine dieser Entwicklung waren die Gründung

- der Benelux Zollunion (01.01.1948),
- der Westunion (17.03.1948),
- der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) (16.04.1948),
- des Nordatlantikpaktes (NATO) (04.04.1949) und
- des Europarates (05.05.1949).

### *2.1.2 Von den Pariser zu den Römischen Verträgen*

Den Grundstein für die vertragliche Ausgestaltung des Gebildes, welches wir heute als EU bezeichnen, gab der von Robert Schumann in Auftrag gegebene und von Jean Monnet entwickelte Plan einer funktional begrenzten, supranationalen Gemeinschaft in den Bereichen Kohle und Stahl, welcher dann zu den Pariser Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) am 18.04.1951 führte. Die beiden Hauptziele, die mit dem Vertragswerk erreicht werden sollten, waren auf der ökonomischen Seite eine Sicherung des Angebots durch Beseitigung von Handelshemmnissen und auf der politischen Seite die Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands.

Gleichzeitig kam es zu Vorschlägen zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die aber durch die Nichtratifizierung durch die französische Nationalversammlung zunächst gestoppt wurde. Dieser Rückschlag änderte aber nichts an weitergehenden Vorschlägen zur Schaffung einer ökonomischen Integration. Auf der Konferenz von Messina im

---

<sup>7</sup>Siehe Koenig und Pechstein (1995).

Juni 1955 kamen die Außenminister der Mitgliedsstaaten zu der Übereinkunft, einen gemeinsamen Markt (über die Sektoren Kohle und Stahl hinaus), eine gemeinsame Transportpolitik und eine gemeinsame Energiepolitik zu schaffen. Diese Vorschläge führten mit den Römischen Verträgen zur Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und einer Europäischen Atomgemeinschaft (EA) (25.03.1957).<sup>8</sup>

Waren die Verträge zur EGKS noch stark durch die französische Idee der „planification“ geprägt, so läßt sich in den EGV eine stärkere Marktorientierung finden.<sup>9</sup> Im Zentrum steht die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Güter und Produktionsfaktoren. Die in den Art. 117-128 EGV zu findenden Regelungen zur Sozialpolitik sind noch sehr begrenzt und beschränken sich auf die notwendigen Koordinierungen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes für den Produktionsfaktor Arbeit.

Die supranationalen Bestrebungen der sechs Mitgliedsländer wurden nicht von allen Ländern Westeuropas geteilt. Insbesondere das Vereinigte Königreich mit seiner Einbindung in den Commonwealth vertrat die Auffassung, daß eine konföderale Struktur der europäischen Zusammenarbeit vorzuziehen sei.<sup>10</sup> Diese Philosophie, die sich schon mit der OEEC konkretisierte, führte mit der Konvention von Stockholm am 04.01.1960 zur Schaffung der Europäischen Freihandelszone (EFTA), der das Vereinigte Königreich, Norwegen, Dänemark, Schweden, Österreich, Portugal und die Schweiz beitraten.

Der hier deutlich werdende Konflikt zwischen Anhängern einer supranationalen und einer konföderalen Idee zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der EU. Unterschiedliche nationale politische Mehrheiten führten zu unterschiedlichen Akzentuierungen der jeweiligen Philosophie. Dies läßt sich insbesondere auch, wie später noch detaillierter gezeigt werden wird, für den Bereich der Sozialpolitik nachweisen, bei dem sich zunächst die konföderale Auffassung auch bei den Gründerstaaten der EU durchsetzte. Spätestens seit dem sozialpolitischen Aktionsprogramm der Kommission von 1989 finden sich aber auch im Bereich der Sozialpolitik Bestrebungen, supranationale Ideen zu verwirklichen.

### *2.1.3 Von den Römischen Verträgen zur Einheitlichen Europäischen Akte*

Die Phase nach Inkrafttreten der Römischen Verträge ist durch die Konsolidierung des erreichten Integrationsstands gekennzeichnet. Dieser Prozeß

---

<sup>8</sup>Siehe Bulmer (1994).

<sup>9</sup>Siehe Bulmer (1994).

<sup>10</sup>Siehe Bulmer (1994).

der Konsolidierung gipfelte im Fusionsvertrag von 1965, der die drei Gemeinschaften unter Beibehaltung der Einzelabkommen zur Europäischen Gemeinschaft (EG) mit einheitlicher Kommission zusammenschloß. Gleichzeitig kam es in Frankreich mit der Bildung der fünften Republik unter De Gaulle zu einer Abkehr vom Gedanken der Supranationalität. Dies machte sich insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen dem französischen Staatspräsidenten De Gaulle und dem damaligen Präsidenten der Kommission Hallstein zur Frage der Schaffung eines eigenen EG-Budgets bemerkbar. Auch ein Übergang zur qualifizierten Mehrheit im Ministerrat bei bestimmten politischen Entscheidungen wurde abgelehnt. Darüber hinaus wurde die Integration weiterer Staaten, namentlich des Vereinigten Königreichs, zunächst von Frankreich vereitelt. Dieser Konflikt konnte erst mit dem Luxemburger Kompromiß 1965 gelöst werden.

Mit der Wahl des französischen Staatspräsidenten Pompidou kam es zu einer neuen Dynamik in Fragen der Erweiterung und der Schaffung eines eigenen Budgets der EG. Darüber hinaus wurde bei dem von Pompidou initiierten Gipfeltreffen die Frage der außenpolitischen Kooperation sowie die Schaffung einer ökonomischen Union und einer Währungsunion auf die Tagesordnung genommen.

In dieser Phase wurde der Gedanke der Supranationalität durch die Schaffung eines eigenen Budgets und durch die Einführung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament wieder gestärkt. Die Beitritte Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs 1973 zeigen, daß sich auch in diesen Ländern eine Abkehr vom Gedanken der losen Konföderation vollzogen hatte. 1978 wurde vom deutschen Bundeskanzler Schmidt eine Initiative zur Schaffung eines Europäischen Währungssystems auf dem Kopenhagener Gipfel gestartet.

Die erste grundlegende Revision des bestehenden Vertragswerks erfolgte aber erst mit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1986. Einige Änderungen, die mit diesem Vertrag in Kraft traten, betrafen die Schaffung eindeutig formalisierter EG-Kompetenzen, z.B. in den Bereichen Umwelt, Währung sowie Forschung und Entwicklung. Anders verhält es sich mit den Regelungen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Hier wurde unter Beibehaltung des *Ziels der Weg* neu definiert. Dabei ist insbesondere der Beschluß einer ausgeweiteten Anwendung der qualifizierten Mehrheitsregel und die Verankerung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung von nationalen Standards<sup>11</sup> zu nennen.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup>Die Begründung des *Cassis de Dijon*-Urteil des EuGH ist als klassische Anwendung dieses Prinzips zu nennen.

<sup>12</sup>Siehe Bulmer (1994).

# Index

- Aaron-Index 168ff, 192
  - durchschnittlicher 171
  - länderspezifischer 194
  - lokaler 168f
  - und strategische Anreize 196
- AGV-Mechanismus 227
  - und europäische Regional- und Sozialfonds 228
- Altruismus 64
  - nationaler 68, 81ff
  - regionaler 68, 81f
  - und Ursprungslandprinzip 81f
  - als Vertretung für andere Ziel-funktionen 64
- Äquivalenz- versus Grundrentenmodelle 154
- Anrechenbarkeit
  - und DVO 574/72 20
  - Prinzipien 67
  - und Richtlinien 364-366/90 18
  - von Sozialleistungsansprüchen 18
  - und VO 1408/71 18, 20
  - und VO 1247/92 19
- Anreizsteuern
  - bei Informationsasymmetrien 228
  - und Kapitalmobilität 111f
- Auswahlfunktion 222
- Beschäftigungslandprinzip 203
  - Konsequenzen für Arbeitslosen- und Krankenversicherung 101f
  - Konsequenzen für Sozialhilfe 100
  - und Vertragsdurchsetzung 64
- Bestimmungslandprinzip 115f
- Bevölkerungsentwicklung, exogene 131ff
  - und Wanderung 131ff
- Bevölkerungsentwicklung, endogene 157ff
  - und langfristige Gleichgewichte 181
- Bindewirkung von Verträgen 218
- Coase-Theorem 212ff
  - als Methodenkritik 214f
- Cobb-Douglas-Präferenzen und langfristige Gleichgewichte 185
- Dezentralisierungsergebnisse 212
- Direct-Revelation Principle 226
- Domino-Effekt 99
- Durchsetzbarkeit von Politiken 212ff, 216
  - und intergenerative Umverteilung 213
- Effektivpreis von Kindern 163
- europäische Integration
  - historische Entwicklung 7ff, 13
  - supranationale versus konföderale Sichtweise 8
  - und Verfügungsrechte 53
- Externalitäten 2, 211ff
  - fiskalische 76
  - interregionale 203
  - und Internalisierungsrichtung 229
  - Kapitalmarkt- und Verschuldungsgrenzen 199
  - Koordinationserfordernisse 203f
  - und Mobilität von Transferbeziehern 77f
  - und Mobilität von Transfergebern 87
  - Niveauexternalität 198
  - Reformoptionen 204f
  - bei der Reproduktionsentscheidung 190
  - und Verfügungsrechte 78
  - und Verschuldungsgrenze 198
  - Zinsexternalität 198
  - Zusammenfassung der Ursachen 201f
- fiskalischer Föderalismus 2, 45
- Freiheitsrechte und Ursprungslandprinzip 152
- Freizügigkeit
  - und Harmonisierung 18
  - der Werkstätigen 17
- Generationenverträge
  - Optimalität 127f

- Status von 125
- gesellschaftliche Ziele 63
  - in individualistischen Entscheidungsmodellen 64
  - und Metapräferenzen
- Goldene Regel
  - und endogene Fertilität 170, 186
  - im Zwei-Länder-Modell 186
- Grundrenten- versus Äquivalenzmodelle 154
- Güterhandel, freier 115ff
  - und Bestimmungslandprinzip 118
    - Optimalität 120ff
  - Konsequenzen für die EU 120f
  - und Soziallasten 115
  - und Ursprungslandprinzip 115
    - Optimalität 117f
- Handlungsmotive 49
- Handlungsregeln 49
- Harmonisierung der Sozialpolitiken 16
- Inada-Bedingung 177
- Informationsasymmetrien 212ff, 227
  - und Anreizmechanismen 227f
- intergenerative Umverteilung 125ff
  - beschränkte Mobilität 140ff
    - Optimalität 142f
    - dezentrale Gleichgewichte 143f
  - und Kapitalmobilität 175ff
  - Konsequenzen für die EU 147
  - und normative Kriterien 40, 47ff
  - und die Rolle des Staats 125
  - und unbeschränkte Mobilität 123ff
    - dezentrale Gleichgewichte 134f
    - Optimalität 133f
    - freiwillige Koordinierung 137ff
  - Ursprungslandprinzip 148ff
  - und Verfügungsrechte 126
  - und Vertragsdurchsetzung 125, 212
- interjurisdiktionale Transfers
  - freiwillige 78f, 87f, 152f, 224
  - mit Zwang 84f, 153f, 224ff
- internationale Politikkoordination, Grade der 130
- interregionale Optimalität mit zwei Ländern 186
- interregionales Periodengleichgewicht 188
- intertemporale Optimalität mit zwei Ländern 187
- intragenerative Umverteilung 59ff, 211f
  - und normative Kriterien 40, 47ff
- Kapitalmobilität siehe Mobilität
- Kinder
  - als Investitionsobjekt 159, 177
  - und Konsummotive 159, 177
  - Effektivpreis von 163
- kinderbezogene Leistungen in der Umlage 166
- Konföderalität 11
- konjekturale Variation 151
- Konsequenzen der Mobilität von Personen für die EU 99ff
  - Konsequenzen des Ursprungslandprinzips 99ff, 148ff
  - Konsequenzen des Wohnsitzland/Beschäftigungslandprinzips 99ff
- Koordinierung der Sozialpolitiken 16, 203f
  - mobiles Kapital 205f
  - mobile Personen 204f
- langfristige Gleichgewichte 178ff
  - und Auslandsverschuldung 180
  - und Bevölkerungswachstumsraten 179
  - und Cobb-Douglas-Präferenzen 183
  - Nichtexistenz von 172ff, 183
  - und Pro-Kopf-Ersparnis 181
- Liberalismus und Werturteile 52
- Lohnnebenkosten, Rolle der 107
- Mechanism-Design 222ff
- Mechanismus definiert 223
- Metapräferenzen 52ff, 165
  - und gesellschaftliche Zielfunktionen 64
- Methodologischer Individualismus 39
- Mindeststandards in der Sozialpolitik 220
  - und qualifizierte Mehrheit 220
- Mobilität 40ff, 132ff
  - von Arbeit, Rechtfertigung 91
  - und intergenerative Umverteilung 136ff

- dezentrale Gleichgewichte 136f, 144ff
- freiwillige Koordinierung 137ff
- Konsequenzen für die EU 150f
- Optimalität 136f, 143f
- von Kapital und intergenerative Umverteilung 175ff
- von Kapital und intragenerative Umverteilung 107ff
  - und Anreizsteuern 111f
  - und dezentrale Gleichgewichte 109ff
  - Konsequenzen für die EU 112f
  - und Optimalität 109
- lokale 88ff
  - und dezentrale Gleichgewichte 98ff
  - und Optimalität 94ff
- von Personen und deren Konsequenzen für die EU 100ff
  - Konsequenzen des Wohnsitzland/Beschäftigungslandprinzips 100ff
- von Transferbeziehern 71ff
  - und dezentrale Gleichgewichte 74ff
  - und fiskalische Externalitäten 77ff
  - und Optimalität 71f
  - und Ursprungslandprinzip 81ff
  - und Wohnsitzlandprinzip 77ff
  - und zentralstaatliche Regulierung 83ff
- von Transfergebern 85ff
  - und dezentrale Gleichgewichte 86ff
  - und fiskalische Externalitäten 87
  - und intergenerative Umverteilung siehe Mobilität und intergenerative Umverteilung
  - und Optimalität 86
  - und Verfügungsrechte 40
- Myerson und Satterthwaite, Theorem von 225
- Nash-Gleichgewicht, bayesianisches 224ff
- naturalistischer Fehlschluß 41
- Niveaueffizienz 100, 199
- normative Kriterien 39
  - intergenerative Umverteilung 40, 47ff
  - intragenerative Umverteilung 40, 47ff
  - und Methodologischer Individualismus 39
  - naturalistischer Fehlschluß 41
  - und ökonomische Wirkungszusammenhänge 42
  - und Rationalität 39
  - und der Vertrag von Maastricht 41ff
- Optimalität
  - von Generationenverträgen 131f
  - und Güterhandel 122ff
  - und Kapitalmobilität 109
  - und lokale Mobilität 94
  - und mobile Transferbezieher 71
  - und mobile Transfergeber 86
  - der Rentenhöhe in einer kleinen offenen Volkswirtschaft 168
    - bei beschränkter Auslandsverschuldung 170
    - bei unbeschränkter Auslandsverschuldung 168
  - und Umlageverfahren 133f
    - bei beschränkter Mobilität 142f
    - bei fixem Zins 195
    - bei unbeschränkter Mobilität 133f
    - Bestimmungslandprinzip 119
    - Ursprungslandprinzip 118
  - von Verträgen und Informationsanfordernisse 221f
  - und Walrasianische Gleichgewichte 189
  - im Zwei-Länder-Modell 186
- Pigou-Subvention, Umlageverfahren als 190
- Ponzi-Spiel 170
- Produktionsineffizienz 100, 199
- Punktmärkte, Rolle der Annahme 88
- räumliche Modelle mobiler Arbeit 92ff
  - dezentrale Gleichgewichte 97ff
  - Optimalität 94ff
- Reformoptionen
  - mobiles Kapital 208f

- mobile Personen 207f
- Regional- und Sozialfonds, europäische
  - und der AGV-Mechanismus 229
  - Rolle der 104
  - Ziele der 104
- Rentenformel 159
- Rentensystem
  - beitragsbezogen 161
  - kapitalgedeckt 135, 160
  - kinderbezogen 160
  - umlagefinanziert 135, 160
- Reproduktionsraten und Verzinsung des Umlageverfahrens 128
- Reproduktionsverhalten von Haushalten 157
- Samuelson-Bedingung 73
- Souveränität, nationale in der Sozialpolitik 219
- Sozialdumping 2
- Sozialpolitik
  - Harmonisierung 16
  - Koordinierung 16
- sozialpolitische Prinzipien der Mitgliedsländer 22
  - Alter 29
  - Arbeitslosigkeit 25
  - Existenzsicherung 33
  - Entwicklung in der Vergangenheit 35
  - Krankheit 28
- Sozialkosten
  - und Güterhandel 119
  - als Standortfaktor 13
  - und strategische Anreize 13
- Sozialversicherung, staatliche
  - und Risikorealisation 59
  - und Umverteilung 59
  - und Vertragsdurchsetzung 59
- Staatsschuld, versteckte 199
- Steuerinzidenz, Theorie der 107, 115
- Subsidiaritätsprinzip 16, 214
  - fiskalischer Föderalismus 45
- Supranationalität 11
- Transaktionskosten 212, 215ff
- Transfer-Problem 78
- Umlageverfahren
  - im autarken Gleichgewicht 190
  - in großen Ökonomien 164
  - kinderbezogene Leistungen 166
  - im nichtautarken Gleichgewicht 190
  - und Optimalität 127f
  - als Pigou-Steuer 190f
  - Reproduktionsraten und Verzinsung des U. 128
  - strategische Anreize 193ff
  - Struktur bei endogener Fertilität 164
- Umstieg, Pareto-verbessernder 127f
- Umverteilung und Versicherung 59
- Universalisierbarkeit ethischer Sätze 48
- unvollständige Informationen 220ff
- Ursprungslandprinzip
  - und Güterhandel 115
  - und intergenerative Umverteilung 147ff
    - dynastische Interpretation 148f
    - individualistische Interpretation 148f
    - konjekturale Variationen 151
  - und Mobilität von Transferbeziehern 81ff
- Verfügungsrechte
  - und europäische Integration 53
  - und Externalitäten 78ff
  - und gesellschaftlicher Konsens 40
  - und intergenerative Umverteilung 126
  - und Mobilität 40
- Verhandlungen, bilaterale 215
- Versicherung und Umverteilung 59
- Verschuldungsgrenze und Kapitalmarktexternalität 199
- Vertrag von Maastricht 42, 141
  - und normative Kriterien 41
    - Konvergenz 44
    - Pareto-Effizienz 42
- Vertragsdurchsetzung beim Wohnsitzland/Beschäftigungslandprinzip 61
- Vertragsfreiheit, Einschränkung durch europäisches Recht 218
- Walras, Gesetz von 179
- Walrasianisches Gleichgewicht und Optimalität 195
- Werturteile und Liberalismus 52
- wiederverhandlungsstabile Verträge 216

- Vertragsdurchsetzung in der EU 218f
- Vertragsdurchsetzung zwischen Staaten 217f
- Wohnsitzlandprinzip 76, 203
  - Konsequenzen für Arbeitslosen- und Krankenversicherung 101f
  - Konsequenzen für Sozialhilfe 100f
  - und Mobilität von Transferbeziehern 76
  - und Vertragsdurchsetzung 61
- Zeitinkonsistenz 217
- Zentralisierung 2, 85ff, 211ff
- Zielfunktion, gesellschaftliche 64
  - altruistische Präferenzen als Vereinfachung 64
  - und individualistische Entscheidungsmodelle 64
  - und Metapräferenzen 64
  - und Wohlfahrtsfunktionen 64
- Zweckcharakter des Menschen 126